

## **Entschließungsantrag**

---

der Abgeordneten Christoph Matznetter,  
Genossinnen und Genossen

### **Betreffend: Steuergerechtigkeit für EPU's und KMUs statt Millionengeschenke für Parteispender und Großkonzerne**

EPU's und KMUs sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Sie beschäftigen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zahlen in Österreich ihre Steuern. Ein Kaffeehaus, ein Automechaniker, eine Frisörin hat nicht die Möglichkeit Gewinne - vorbei am Fiskus - in Steuersümpfe zu verschieben, wie das große internationale Unternehmen tun. Jedes Kaffeehaus in Österreich, jede Würstelbude zahlt in Wahrheit nach wie vor jedes Jahr mehr Steuern als etwa Starbucks, Amazon, Google und Co.

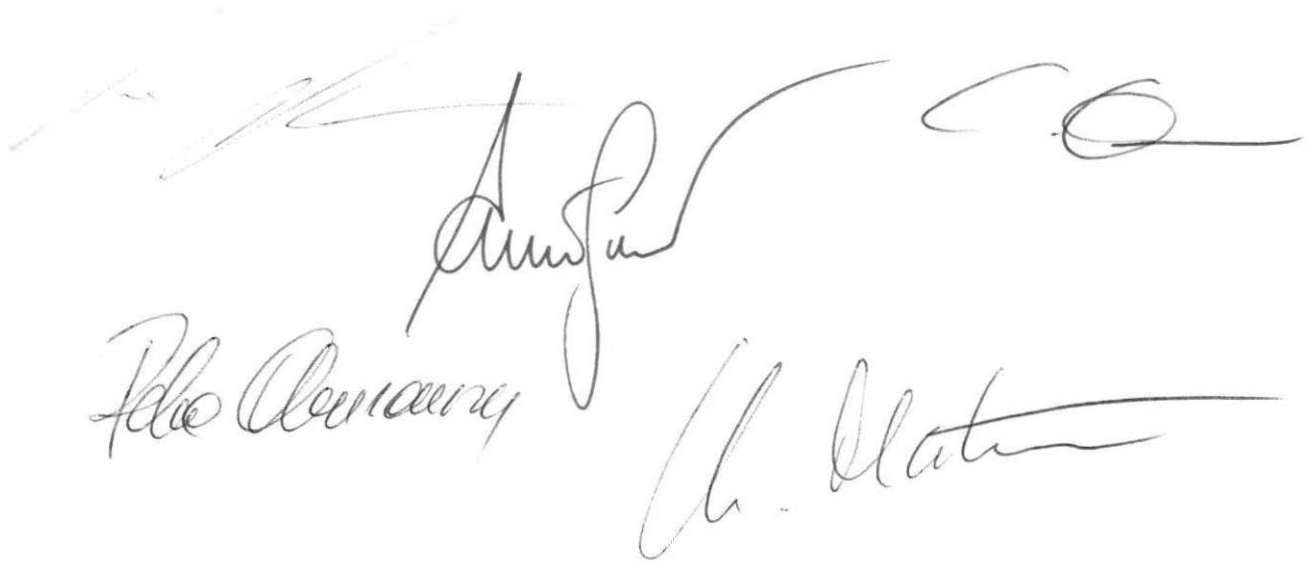
Die Pläne der türkis-grünen Bundesregierung zur gerechten Besteuerung von großen, global-agierenden Konzernen sind völlig unambitioniert. Im Regierungsprogramm soll an der von türkis-blau eingeführten Digitalsteuer „festgehalten“ werden bis „internationale Gespräche (EU, OECD) zur digitalen Betriebsstätte signifikante Fortschritte erzielen“. Das Problem wird achselzuckend auf die internationale Ebene verschoben. Mit der österreichischen „Digitalsteuer“ – die in Wahrheit in Punkto Steueraufkommen in etwa der Hundesteuer (!) entspricht und im Großen und Ganzen lediglich die Werbeabgabe auf Onlinewerbung ausweitet – versucht man das Problem mit dem schönen Schlagwort und Marketinggag „Digitalsteuer“ zu vertuschen. Statt sich dem Problem der großen Konzerne in Österreich kaum Steuern zahlen ernsthaft zu widmen, befeuert die türkis-grüne Regierung mit der allgemeinen Senkung der Körperschaftssteuer – 10% der größten Unternehmen erhalten hier 90% der gesamten Steuersenkung von rund 1,6 Milliarden Euro – munter den europäischen Steuerwettbewerb nach unten. Viele EPU's und KMUs und deren Beschäftigte leiden unter Billigkonkurrenz aus dem europäischen Ausland. In Ungarn etwa beträgt die Körperschaftssteuer nur noch 9%. Statt sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer Mindestkörperschaftssteuer einzusetzen um heimische EPU's und KMUs vor Billigkonkurrenz zu schützen, spielt man das neoliberale Spiel des Steuerwettlaufs nach unten mit.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung wird aufgefordert sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer Mindestkörperschaftssteuer zum Schutz der heimischen EPU's und KMUs einzusetzen und von einer allgemeinen Senkung der Körperschaftssteuer – und den damit verbundenen Steuerwettbewerb nach unten - abzusehen und stattdessen sinnvolle und zielgerichtete steuerliche Fördermaßnahmen im Unternehmenssteuerbereich, Investitionen in den Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum und den Klimaschutz zu unterstützen.“*



The image shows several handwritten signatures in black ink. The most prominent signature in the center is 'A. P. ...'. To its left, there is a signature that appears to be 'F. Obermaier'. To the right of the central signature, there is another signature that looks like 'H. ...'. There are also some faint, illegible marks and a small circular stamp or mark to the right of the central signature.

*Zuweisung an den Wirtschaftsausschuss*

